

# BESCHLUSS

---

**des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 14. November 2016**

---

## Die Beziehungen der Europäischen Union mit der Türkei auf eine neue Grundlage stellen

Die deutliche Verschlechterung der Menschenrechtssituation in der Türkei, verursacht durch die Säuberungsaktionen von Präsident Erdogan nach dem gescheiterten Putschversuch, erfordert nach Meinung der Freien Demokraten einen Kurswechsel der Europäischen Union in ihren Beziehungen zur Türkei. Die AKP-geführte Staats- und Regierungsspitze hat das Land unter Präsident Erdogan in den letzten Jahren mehr und mehr hin zu einem autoritär regierten Staat umgebaut und insbesondere die Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit der Justiz massiv abgebaut. Dieser autoritäre Umbau des türkischen Staates begann nicht erst mit dem gewaltsamen Putschversuch, gewann jedoch mit den Säuberungen nach dessen Scheitern eine neue Qualität.

Mit den jüngsten Verhaftungen von Oppositionsführern der kurdischen HDP und vor allem mit der von Präsident Erdogan vorangetriebenen Wiedereinführung der Todesstrafe überschreitet die Türkei eine rote Linie. Das muss Konsequenzen im Verhältnis zur EU haben. Mit diesen Schritten verlässt die türkische Regierung den Boden gemeinsamer europäischer Werte, so wie sie z. B. in der Europäischen Menschenrechtskonvention rechtlich bindend niedergelegt sind.

Eine von Präsident Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine Vollmitgliedschaft in der EU sein. Grundlage für die Mitgliedschaft in der EU sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien. Insbesondere die darin geforderten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat erfüllt die Türkei zur Zeit eindeutig nicht.

Wir fordern daher von der Bundesregierung und der EU, die Verhandlungen mit der Türkei in der bisherigen Form zu beenden und die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu stellen. Die Türkei ist und bleibt für uns als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar ein unverzichtbarer Partner, so wie umgekehrt auch die Türkei auf die Kooperation mit der EU angewiesen bleibt.

Eine solche Zusammenarbeit brauchen wir vor allem mit Blick auf die Sicherheits- und Handelspolitik. Dabei müssen einseitige Abhängigkeiten, wie von der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik fahrlässig herbeigeführt, zukünftig vermieden werden. Als NATO-Partner ist und bleibt die Türkei ein enger Bündnispartner und muss eine Nahtstelle im Kampf gegen den sog. „Islamischen Staat“ bilden. Wir begrüßen daher die jüngste Kooperationsvereinbarung der Türkei mit Israel im Kampf gegen islamistischen Terror und erwarten deren unzweideutige Umsetzung durch den türkischen Staat. Ein wichtiger Aspekt einer gemeinsamen und realistischen Agenda, die die EU zügig mit der Türkei entwickeln sollte, könnte die Einführung der Visafreiheit für Studierende, Auszubildende, Geschäftsreisende etc. sein.

Die Freien Demokraten betonen, dass der Versuch eines Militärputsches und das rücksichtslose Töten von politischen Gegnern durch die Putschisten aufs schärfste zu verurteilen ist und die Beteiligten vor Gericht zu stellen sind. Demokratische Mehrheiten und gewählte Regierungen dürfen ausschließ-

lich in freien und fairen Wahlen verändert werden. Bei aller inhaltlichen Kritik an der Politik der AKP-Staats- und Regierungsspitze steht für uns fest, dass eine gewählte Regierung keinesfalls durch einen Putsch abgelöst, geschweige denn ein gewähltes Parlament militärisch angegriffen werden darf.

Der Putschversuch rechtfertigt jedoch in keinem Falle die seither von Präsident Erdogan veranlassten massiven politisch motivierten Säuberungen und die Verfolgung Andersdenkender. Mittlerweile über 100.000 verhaftete, amtsenthobene oder entlassene Richter, Staatsanwälte, Soldaten, Polizisten, Diplomaten, Professoren, Lehrer und andere Staatsdiener zeugen von einer völlig unverhältnismäßigen, überzogenen Reaktion der Staatsspitze auf den Putschversuch und legen die Vermutung nahe, dass Präsident Erdogan den Putsch zum willkommenen Anlass nimmt, den türkischen Staat komplett in seinem Sinne eines autoritär durchregierenden Präsidenten umzubauen.

Als Freie Demokraten sind wir in tiefer Sorge um Demokratie und Menschenrechte in der Türkei, einem Land mit dem uns viele Millionen in Deutschland lebender Mitbürgerinnen und Mitbürger mit türkischen Wurzeln in besonderer Weise verbinden. Unsere Sorge gilt vor allem den mutigen Vertretern einer lebendigen und kritischen Zivilgesellschaft in der Türkei, die zurecht auf unsere Unterstützung in ihrem Protest gegen den autoritären Umbau des türkischen Staates zählen können und die für einen Politikwechsel hin zu einer europäisch orientierten Türkei in einer Zeit nach Erdogan arbeiten.

Wie sich in mittlerer und ferner Zukunft die gegenseitigen Beziehungen der EU und der Türkei entwickeln können, bleibt offen. Umso mehr, als die EU sich selbst in einem Veränderungsprozess hin zu unterschiedlichen Integrationstiefen befindet, die in der Zukunft neue Formen der Einbindung in gemeinsame europäische Strukturen bieten könnten.

Als Freie Demokraten betonen wir, dass Gegenstand unserer Kritik nicht die Türkei als Land oder das türkische Volk ist. Im Gegenteil: Die türkischen Wählerinnen und Wähler haben Erdogan und seiner AKP in den Wahlen der Jahre 2014 und 2015, trotz aller Bevorzugung der AKP in den staatlichen Medien, niemals mehr als die Hälfte der Stimmen gegeben und damit ein starkes Zeichen für die türkische Demokratie gesetzt. Dies war ein klares Signal gegen die Alleinherrschaft eines Mannes und seiner Partei, getragen von einer starken parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Opposition gegen Erdogans Herrschaft. Die deutschen Liberalen stehen auch weiterhin fest an der Seite der türkischen Zivilgesellschaft im Kampf für Bürger- und Menschenrechte in der Türkei.